

*Walter Ötsch*

*Nina Horaczek*

**WIR  
WOLLEN  
UNSERE  
ZUKUNFT  
ZURÜCK!**

*Streitschrift für mehr  
Phantasie in der Politik*

WESTEND

**W E S T E N D**

**Ebook Edition**

**Wir wollen unsere Zukunft  
zurück!**

**WESTEND**

Mehr über unsere Autoren und Bücher:

[www.westendverlag.de](http://www.westendverlag.de)

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung ist ohne Zustimmung des Verlags unzulässig.

Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

ISBN 978-3-86489-836-5

© Westend Verlag GmbH, Frankfurt/Main 2021,

Umschlaggestaltung: Buchgut, Berlin

Satz und Datenkonvertierung: Publikations Atelier, Dreieich

# **Inhalt**

**Vorwort**

**Einleitung: Warum die Zeit reif ist für eine bessere Zukunft für alle**

**1 Wie es zur Krise der politischen Phantasie kam**

**2 Warum die politische Phantasie versiegen musste**

**3 Bilderflut ohne Phantasie?**

**4 Wir sind imaginative Wesen**

## **5 Zurück zu einer solidarischen Zukunft in Bildern**

**6 Wie positive Zukunftsbilder schon heute umgesetzt werden**

**7 Nachwort**

**Danksagungen**

**Anmerkungen**

**Literatur**



Weitere Informationen zu diesem Buch finden Sie auf [www.wir-wollen-unsere-zukunft-zurueck.de](http://www.wir-wollen-unsere-zukunft-zurueck.de)

# Vorwort

Unser Buch richtet sich an alle Menschen, die über den aktuellen Zustand der Umwelt/Mitwelt besorgt sind und auch darüber, welche schrecklichen Entwicklungen in den nächsten Jahrzehnten drohen. Unser Buch richtet sich an Menschen, die darüber besorgt sind, wie die Gesellschaft immer mehr auseinanderdriftet, und die es als Skandal empfinden, dass ein Prozent der Bevölkerung gut vierzig Prozent des Vermögens kontrolliert. Dieses Buch wurde für all jene geschrieben, die über den aktuellen Zustand der Parteiendemokratie besorgt sind und denen eine Neubelebung der Demokratie ein Anliegen ist. Unser Buch richtet sich an die vielen Menschen, die mit ihrem Engagement beherzt und mutig jeden Tag daran arbeiten, eine Antwort auf die von uns geschilderten Probleme auf diesem Planeten zu finden. Unser Buch richtet sich an Personen, die verstanden haben, dass es notwendig ist, ihren Lebensstil zu ändern. An die vielen, vielen auf der Welt, die den Traum von einer besseren Welt für alle nicht aufgegeben haben.

Unser Buch richtet sich an all diese Personen. Aktuell bilden diese Menschen eine Minderheit. Aber sie sind eine beeindruckend große Minderheit. Sie handeln, wenn man ihre Ziele betrachtet, für eine überwältigende Mehrheit in der Gesellschaft, denn die Mehrheit der Bevölkerung weltweit will keine Zerstörung der Umwelt, weder für sich noch für ihre Kinder und Enkelkinder. Die Mehrheit der Bevölkerung weltweit will keine extreme Ungleichheit, weder im Vermögen noch im Einkommen und auch nicht in den Chancen. Aber diese Mehrheit im Wollen findet in den Taten der politischen Eliten keinen Widerhall. Ihre berechtigten Forderungen

werden im aktuellen politischen Prozess nicht umgesetzt – und zwar seit Jahrzehnten. Warum ist das so?

Dieses Buch möchte dafür eine Erklärung liefern und gleichzeitig eine Perspektive bieten. Um verstehen zu können, wie wir als Gesellschaft so weit kommen konnten, muss man die Geschichte des Neoliberalismus verstehen, die wir im ersten Kapitel sehr gerafft darstellen, ergänzt durch eine theoretische Interpretation in Kapitel zwei. Diese Geschichte ist nicht neu. Neu ist der Aspekt, den wir hier betonen: Der Neoliberalismus muss verstanden werden als Projekt eines systematischen Abbaus der politischen Phantasie und die Geschichte des Neoliberalismus als Geschichte des fortschreitenden Verlusts von politischem Gestaltungswillen.

Warum fokussieren wir uns in diesem Buch so sehr auf die Phantasie, wo es doch die Machtfrage ist, die Politik entscheidet? Wir sind nicht naiv und wissen, dass Politik stets Abbild herrschender Machtverhältnisse ist und letztlich immer die Machtfrage zu stellen ist. Aber wir haben bewusst einen anderen Fokus gewählt, weil wir ihn in der aktuellen Lage als wichtig und zu wenig beachtet ansehen. Denn am Anfang jeder Bewegung, jeder neuen und großen Entwicklung in der Geschichte stand eine Vision, eine Utopie, ein Bild. Nur wer über eine Vision einer besseren Zukunft verfügt, weiß, wohin er oder sie die eigene Energie zu richten hat, wofür es Bündnisse zu schmieden gilt, und besitzt den Mut und die Hoffnung, die einen auch lange Durststrecken ertragen lassen.

Diese Form der Selbstermächtigung gilt es wieder zu entdecken und zu erwecken. Denn auch die (Wieder-)Entdeckung der eigenen visionären Möglichkeiten und des eigenen Gestaltungswillens ist

eine Form von Macht. Sie ist nicht die Macht, die die Machtfrage stellen kann, aber sie ist jene Macht, die Vorbedingungen schafft, dass diese tatsächlich gestellt werden kann.

Der Verlust der politischen Phantasie, der in den letzten Jahrzehnten schleichend um sich gegriffen hat (davon handeln die Kapitel 2 und 3), ist kein natürlicher oder selbstverständlicher Prozess. Er basiert auch auf einer Umdeutung dessen, was den Menschen als Fähigkeiten zugesprochen wurde. Dazu gilt es, einen dezidierten Gegenstandspunkt einzunehmen. Es geht um das Bild des Menschen, den wir im Kapitel 4 als imaginativen und gestaltenden Menschen beschreiben. Dieses Menschenbild will *alle* Menschen selbstermächtigen, nicht nur Eliten, die glauben, das Recht, die Welt zu verändern, stünde nur ihnen zu. Denn jede und jeder ist imaginativ. Jede und jeder macht die ganze Zeit Simulationen, bewegt sich in einem imaginativen Raum und entwickelt immer Bilder der Zukunft. Im Alltag wird das in einer großen Selbstverständlichkeit gelebt, auch im Alltag der Wirtschaft. Diese Selbstverständlichkeit gilt es in Zukunft auf der Ebene der Gesellschaft, der Politik und der Wirtschaft zu aktivieren und gezielt einzusetzen.

In dieser neuen Selbstverständlichkeit soll der Spieß umgedreht werden. Nicht diejenigen, die politische Visionen hegen, haben sich zu verantworten (nach dem Motto »Wer Visionen hat, braucht einen Arzt«), sondern die Mächtigen in Politik und Wirtschaft haben Rechenschaft abzulegen, warum sie *keine* positiven Vorstellungen über die Welt in ein, zwei, drei, vielen Jahrzehnten besitzen, und warum sie so wenig tun, damit noch in diesem Jahrzehnt, das heißt

ungeheuer schnell, eine sozialökologische Transformation tatsächlich zustande kommen kann.

Dieser klare Blick auf die Politik ist kein Politik-Bashing. Wir sind keine Wutbürgerinnen und Wutbürger. Wir verstehen den Zorn, wollen aber unsere Energie nicht damit vergeuden. Unser kritischer Blick auf die neoliberale Politik ist keine Kritik von Politik generell und die Kritik der aktuellen Parteiendemokratie ist keine Kritik der Demokratie. Es geht um eine neue, partizipativere Politik und um eine Redemokratisierung der Gesellschaft. Das Ziel ist nicht eine Abwendung von der Politik, sondern ein neuer Schritt zu einer besseren Politik. Nicht von oben, sondern von unten.

# Einleitung: Warum die Zeit reif ist für eine bessere Zukunft für alle

Freuen Sie sich. Eine neue, bessere Zukunft wartet auf uns. Eine Zukunft, in der wir viel weniger von der Ausbeutung anderer – seien es Menschen, Tiere oder die Umwelt – profitieren. In der nicht mehr der Profit der Maßstab aller Dinge ist, sondern der Mensch mit seinem Recht auf eine saubere, intakte Umwelt und ein besseres Leben.

Zugegeben, unser Optimismus ist aus der Not geboren. Weil es keine Alternative zu einer positiven Veränderung gibt – zumindest wenn wir als Menschheit überleben wollen. Aber auch, weil sich das Bewusstsein, wie dringend sich die Welt ändern muss, langsam bis in die Mitte der Gesellschaft durchsetzt.

Das Fenster der Möglichkeiten öffnet sich genau jetzt in diesem Moment. Die Vorboten einer besseren Welt sind schon da. Wir müssen nur unsere Augen öffnen und genau hinsehen. In diesem Buch finden Sie zahlreiche Beispiele dafür, wie eine bessere Welt für alle aussehen kann – und auch, wie wir dort hinkommen können.

Warum gerade jetzt? Dafür gibt es verschiedene Gründe. Im Jahr 2020 überkreuzten zwei Ereignisse einander: ein notwendiges, nämlich das Anwachsen der Klimaschutzinitiative *Fridays for Future* zu einer globalen Bewegung, und ein zufälliges, die Covid-19-Pandemie.

Die neue globale Bewegung war notwendig, weil seit mittlerweile vier Jahrzehnten bekannt ist, dass unser Wirtschaftssystem, das stets auf Wachstum ausgerichtet ist, zu einer massiven Erderwärmung führt und dadurch die ökologischen Grundlagen der Menschheit gefährdet. Deshalb war es nur eine Frage der Zeit, bis die Allgemeinheit gegen diese Entwicklung protestiert, bis engagierte Bürgerinnen und Bürger auf die Straße gehen.

*Fridays for Future* war gerade eineinhalb Jahre alt, als ein weiteres, zufälliges Ereignis, nämlich die Covid-19-Pandemie, die Menschheit in Angst versetzte. Normalerweise bremsen derart einschneidende Ereignisse andere Entwicklungen in der Gesellschaft aus. So war es zumindest in den vergangenen Jahrzehnten mit der Klimabewegung: Wann immer die Erderwärmung breiter diskutiert wurde, krachte ein anderes Großereignis über uns hinein – und schon war der Klimawandel wieder aus den Schlagzeilen verschwunden. Das war im Jahr 1989 so, als die Berliner Mauer fiel. Das war nach den islamistischen Terroranschlägen vom 11. September 2001 so. Wenige Jahre später, im September 2008, stand das Finanzsystem vor dem Kollaps und das Umweltthema verschwand erneut von den Titelseiten.

Jetzt, im Jahr 2021, ist es zum ersten Mal ganz anders. Die Coronapandemie hat das Thema Erderwärmung nur für einen kurzen Wimpernschlag aus den politischen Charts verdrängt – um dem Umweltthema schnell einen noch viel stärkeren Schub zu verleihen. In einer im September 2020 veröffentlichten Umfrage des »Pew Research Center« in Washington, die in 14 Ländern der Welt, vor allem in Europa, Asien und Nordamerika, durchgeführt worden war, nannten 70 Prozent der Befragten den Klimawandel als große

Bedrohung. Zum Vergleich: 2013 waren es erst 54 Prozent gewesen, 2017 61 Prozent. Die Pandemie bestätigte zentrale Thesen der Umweltbewegung: Wir können nicht weiter so mit unserer Umwelt umgehen. Wir können nicht weiter so verschwenderisch wirtschaften. Unsere Welt ist zerbrechlich.

Anlässlich ihres 75. Jahrestages ließen die Vereinten Nationen eine weltweite Umfrage durchführen, bei der die Menschen nach ihren Vorstellungen für die Zukunft, aber auch nach ihren größten Ängsten befragt wurden. »Inmitten der aktuellen COVID-19-Krise besteht für die meisten Befragten die **unmittelbare Priorität** darin, den Zugang zu grundlegenden Dienstleistungen zu verbessern – Gesundheitsversorgung, sauberes Wasser, sanitäre Einrichtungen und Bildung, gefolgt von **größerer internationaler Solidarität** und **mehr Unterstützung für die am stärksten betroffenen Personen**. Dies beinhaltet die Beseitigung von Ungleichheiten und den Wiederaufbau einer integrativeren Wirtschaft«, lauten die zentralen Erkenntnisse aus dieser weltweiten Befragung. »Mit Blick auf die Zukunft sind die **überwältigenden Sorgen die Klimakrise und die Zerstörung unserer natürlichen Umwelt**. Weitere Prioritäten sind: stärkere Achtung der Menschenrechte sicherzustellen, Konflikte beizulegen, Armut zu bekämpfen und Korruption zu verringern.« Über 87 Prozent der Befragten erklärten in dieser Umfrage, dass die **globale Zusammenarbeit für die Bewältigung der heutigen Herausforderungen von entscheidender Bedeutung** ist und dass die Pandemie die internationale Zusammenarbeit dringlicher gemacht hat.<sup>1</sup>

Die Coronakrise »führt uns vor Augen, wie eng Ökosysteme und Gesundheit miteinander verbunden sind und wie verletzlich unsere



Gesundheit ist«, sagt auch Sabine Gabrysch, Professorin für Klimawandel und Gesundheit an der Charité Universität in Berlin, im April 2021 im Gespräch mit der *Süddeutschen Zeitung*.<sup>2</sup> Wenn wir nicht wollen, dass immer mehr Kinder an Allergien und Atemwegserkrankungen leiden, wenn wir nicht wollen, dass immer mehr alte Menschen an Hitzesommern sterben, wie dies im Rekordsommer 2018 passierte, dann müssen wir endlich eines tun: aufstehen und uns einmischen.

Nur wie? Wo sind die Visionen für ein besseres und gesünderes Leben? Die gute Nachricht: Es gibt sie. Es gab sie schon immer. Die schlechte: Wir haben uns daran gewöhnt, zu glauben, dass wir nichts ändern können. Nicht als Individuen und auch nicht als Gesellschaft.

Was aber hat in den vergangenen Jahrzehnten eine umfassende soziale und ökologische Transformation blockiert? Wieso wissen wir so lange, dass es um unseren Planeten immer schlechter steht, und warum passierte trotzdem nur so wenig? Auch davon handelt dieses Buch. Denn die Gegenwart ist immer ein Produkt der Vergangenheit und ohne die Vergangenheit zu verstehen, können wir keine neue, bessere Zukunft bauen.

Jahrzehntelang vermittelten Politik und Wirtschaft die Botschaft, die politischen Entscheidungsträgerinnen und -träger könnten lediglich die schlimmsten Auswirkungen des Markthandelns abfedern, mehr nicht. Das Bild, das die Politik den Menschen vermittelte, lautete: Von den politischen Entscheidungsträgerinnen und Entscheidungsträgern dürfe man sich keine großen Würfe erwarten. Rasche gesetzliche Schritte mit weitreichender Wirkung seien unrealistisch. Kein Land werde etwas tun, wenn nicht alle

anderen im Gleichklang mitziehen. Im globalen Wettbewerb der Staaten werde kein Land so dumm sein, Maßnahmen zu setzen, die ihm alleine Nachteile verschaffen, während andere Länder abwarten und vielleicht nichts tun. Und solange die Wirtschaft nicht mitspiele, werde gar nichts passieren.

All diese Ausreden sind durch die Taten der Politik widerlegt. Denn im Frühjahr 2020 war gleichsam über Nacht alles anders. Die Politik gab die Regeln vor. Plötzlich blieben alle Flugzeuge auf dem Boden. Plötzlich blieben alle Geschäfte zu. In der Pandemie hat die Politik klar gezeigt, dass sie handlungsfähig ist und die Welt verändern kann – sie muss nur den Mut haben, es auch zu tun. »Es gibt keine Ausreden mehr fürs Nichthandeln«, meinte der Politikexperte Christoph Hofinger schon im Herbst 2020.<sup>3</sup> Er leitet das SORA Institut, das zu den bekanntesten politischen Forschungsinstituten in Österreich zählt.

Auch auf rechtlicher Ebene kam es kürzlich zu einer historischen Zäsur. Mit der im März 2021 getroffenen Entscheidung des deutschen Bundesverfassungsgerichts zur teilweisen Verfassungswidrigkeit des Klimaschutzgesetzes definierte das Oberste Gericht auch den Freiheitsbegriff radikal neu. Freiheit bedeutet seitdem auch, die künftigen Generationen nicht schädigen zu dürfen.

Es dürfe »nicht einer Generation zugestanden werden, unter vergleichsweise milder Reduktionslast große Teile des CO<sub>2</sub>-Budgets zu verbrauchen, wenn damit zugleich den nachfolgenden Generationen eine radikale Reduktionslast überlassen und deren Leben umfassenden Freiheitseinbußen ausgesetzt würde. Künftig können selbst gravierende Freiheitseinbußen zum Schutz des

Klimas verhältnismäßig und verfassungsrechtlich gerechtfertigt sein; gerade deshalb droht dann die Gefahr, erhebliche Freiheitseinbußen hinnehmen zu müssen«, steht in der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts.<sup>4</sup>

Das ist das genaue Gegenteil zu jenem neoliberalen Paradigma, das bis zum Ausbruch der Coronapandemie den Mainstream beherrschte. Bis dahin lautete das politische Mantra, der Staat dürfe keine Schulden machen, weil dies die Zukunft der nachfolgenden Generationen zerstöre. Nun erklärten die Richterinnen und Richter, der Staat müsse sofort handeln, um die Erderwärmung zu bekämpfen. Nur so könne gesichert werden, dass auch nachfolgende Generationen eine Chance haben, ihre freiheitlichen Grundrechte auszuüben. Die Investitionen in den Klimaschutz von heute sind Garanten für eine lebenswerte Zukunft.

Noch eine Entwicklung gibt Hoffnung, wurde bis jetzt aber viel zu wenig beachtet: Bewegungen wie *Fridays for Future* gehen von der Jugend aus. Sie führen ein globales politisches Bündnis an, das mittlerweile auch eine weltweite Schar an Erwachsenen überzeugt. Die Tatsache, dass die Jugend Katalysator für Veränderung ist, ist per se nicht ungewöhnlich. Die letzte große Bewegung, die unsere Gesellschaft radikal veränderte, war jene der sogenannten 68er. Auch diese Bewegung war von jungen Menschen getragen. Die 68er entstanden in Abgrenzung zu ihren Eltern, jener Generation, die für Adolf Hitlers Aufstieg und die Barbarei des Nationalsozialismus verantwortlich war. Die 68er konfrontierten ihre Elterngeneration damit, dass sie die Schreckensherrschaft der Nazis und die Shoah schweigend mitgetragen oder gar aktiv unterstützt hatten. Die 68er waren noch Kinder einer autoritären, vom Nationalsozialismus

geprägten Erziehung. Ihre Politisierung und ihr beharrliches Nachfragen führten in vielen Fällen zum Schweigen am Familientisch oder gar zum Bruch in der Familie.

Im Gegensatz dazu entstammen die jungen Menschen, die heute für die Rettung des Klimas auf die Straße gehen, einer ganz anderen Generation. »Sie wuchsen mit einer ganz anderen Erziehung auf«, sagt der Politikforscher Hofinger. Diese Jugendlichen und jungen Erwachsenen konnten (in vielen, natürlich nicht in allen Fällen) in einem Klima des Respekts und der Liebe groß werden und sie wurden von ihrem Umfeld mit dem Anspruch erzogen, dass aus ihnen moralische Menschen werden.

Nun hält diese Generation ihren Eltern einen Spiegel vor: »In der Moral, in der ihr uns erzogen habt, ist euer Verhalten gegenüber der Umwelt nicht konsistent«, lautet die Botschaft. Die jungen Leute tun das aber nicht in der anklagenden Dynamik der 68er-Generation, sie brechen die Brücken zur Elterngeneration nicht ab. Sie bleiben in Kontakt und konfrontieren uns auf Augenhöhe mit den richtigen Fragen.

Wir sind es ihnen schuldig, die Antworten darauf zu finden.

Linz/Wien, August 2021

# 1 Wie es zur Krise der politischen Phantasie kam

## Ein langsamer Niedergang

Die Phantasie verschwand nicht über Nacht aus der Politik. Der Niedergang der produktiven politischen Phantasie war schleichend und erstreckte sich kaum bemerkt über einige Jahrzehnte. Bis vor dem Entstehen von *Fridays for Future* und bis vor der Coronakrise galt es fast als selbstverständlich, von der Politik keine positiven Bilder über die drängenden Fragen der Zukunft zu erwarten. Viele Wähler und Wählerinnen waren von der Politik enttäuscht und sahen ihr Leben fernab vom politischen Geschehen. In vielen Fällen unterschieden die Menschen kaum mehr zwischen Politik und politischen Parteien.

Wer im persönlichen Umfeld fragt, welches Bild die Menschen von Politik haben, hört häufig folgende Schlagworte: Streit, Korruption, Günstlingswirtschaft. Eine Umfrage der Kommunikationsagentur Edelman in New York, die unter 34 000 Menschen in 28 Ländern durchgeführt wurde, illustriert eine fortschreitende Abnahme des Vertrauens in die Politik, aber auch in Wirtschaft und Medien. In den USA sank das Vertrauen in die Regierungsinstitutionen zwischen Mai 2020 und dem Jahr 2021 von 53 auf 48 Prozent. Das heißt, weniger als jeder und jede zweite

Befragte vertrauen denjenigen, die von der Bevölkerung in Regierungsämter gewählt wurden. Das meiste Vertrauen, nämlich 61 Prozent, schenken die Befragten aus 28 Ländern der Wirtschaft, gefolgt von Nichtregierungsorganisationen (NGOs) mit 57 Prozent. Den Regierungen wird global gesehen lediglich zu 53 Prozent vertraut, den Medien glaubt nur noch knapp jeder und jede Zweite (51 Prozent).<sup>1</sup>

Gleichzeitig fordern weltweit immer mehr Menschen politische Reformen: 2020 erklärten 68 Prozent der Französischen und Franzosen, 65 Prozent der US-Amerikanerinnen und Amerikaner sowie 48 Prozent der Britinnen und Briten und 39 Prozent der Deutschen in einer Umfrage, das politische System in ihrem Land brauche eine große Veränderung.<sup>2</sup>

Das zeigt, dass den Menschen trotz aller politischer Frustration die Probleme auf der Welt nicht egal sind. Ganz im Gegenteil. Die Menschen, die in der oben genannten UN-Studie befragt wurden, haben ein durchaus intaktes Sensorium, was die großen Probleme, vor denen die Menschheit steht, betrifft: 84 Prozent der Befragten sind in Sorge um ihren Arbeitsplatz. 40 Prozent fühlen sich durch den Klimawandel konkret bedroht, insgesamt 72 Prozent bereitet die steigende Erderwärmung zumindest Sorge. Neben Cyberattacken (35 Prozent in Furcht, 68 Prozent sorgenvoll) und der Covid-19-Pandemie (die 35 Prozent Furcht bereitet und 65 Prozent Sorge) ist es die Furcht (32 Prozent) beziehungsweise Sorge (61 Prozent) um den Verlust von Freiheit und Bürgerinnen- und Bürgerrechten.

Gleichzeitig fühlen sich Bürgerinnen und Bürger immer weniger von den politischen Repräsentantinnen und Repräsentanten

vertreten. In Deutschland ist dieser Befund nicht ganz so niederschmetternd. 54 Prozent der befragten Deutschen vertrauen der Wirtschaft, 52 Prozent den Medien, nur 46 Prozent NGOs und mit 59 Prozent wurde der Regierung in dieser Befragung das meiste Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger ausgesprochen.

Fest steht jedoch: Die Demokratie befindet sich in einer Krise. Ein wachsender Teil der Bevölkerung fühlt sich von den politischen Parteien nicht mehr vertreten. Viele erfahren die Wahlkämpfe als rituelle Abläufe mit sinnlosen Slogans und den immer gleichen Stehsätzen. In Talkshows und Medien wird über den Wahlkampf wie über ein Pferderennen berichtet: Welches Pferd liegt um wie viel Meter vorne, welches lahmt und welches hat welchen Laut von sich gegeben? Machen Spitzenkandidatinnen und Spitzenkandidaten im Wahlkampf Versprechungen, erwartet kaum jemand der Wählerinnen und Wähler noch, dass diese – sollte die betreffende Partei nach der Wahl Regierungsverantwortung übernehmen – ernsthaft umgesetzt werden.

War das nicht schon immer so? Nein. Historisch gesehen ist dieser Befund, der für die meisten Parteien gilt, nicht selbstverständlich oder gar unausweichlich. Wir stehen vor einem scheinbaren Paradoxon. Spätestens seit dem Auftreten der rechtspopulistischen Parteien ist die politische Arena von heftigem Streit durchzogen. Dies strahlt weit aus. Mittlerweile setzen nicht mehr nur Parteien der extremen Rechten in der politischen Auseinandersetzung auf populistische Tricks, sondern auch Parteien, die bis vor kurzem noch in der gemäßigten politischen Mitte angesiedelt waren.



Zudem verfolgen viele Populistinnen und Populisten die Strategie eines permanenten Wahlkampfes, um die Bevölkerung in einen ständigen Zustand der politischen Erregung und des Konflikts zu ziehen. Das Ziel ist nicht mehr, eine politische Diskussion zu führen, also in einem Ringen einander widersprechender Positionen und Interessen einen positiven Kompromiss für einen möglichst großen Teil der Bevölkerung zu erzielen. Stattdessen wird Politik als erbitterter Kampf »Wir« gegen »die Anderen« inszeniert, ein Kampf, in dem es nur einen Sieger oder eine Siegerin geben darf. Schlimm genug, dass Populistinnen und Populisten mit diesem einfachen Rezept die Bevölkerung spalten. Noch schlimmer, dass manche Regierungen dieses populistische Spiel kopieren. Dauernde Inszenierungen sollen die eigene Gefolgschaft aktivieren. Politik dient hier bloß der Aufrechterhaltung eines Erregungszustands in der Bevölkerung. Auf diese Weise sorgen die Populistinnen und Populisten, aber auch deren Gegnerinnen und Gegner (die auf gezielte Provokation mit lauter Empörung reagieren) dafür, dass die ganze Zeit kein positiver Zukunftsdiskurs geführt wird.<sup>3</sup>

Denn im Populismus wird bloß das Bild einer guten alten Zeit beschworen, die es niemals gegeben hat. Dieses verklarte Vergangenheitsbild wird als Leitbild in die Zukunft geschoben. Trumps Slogan »Make America great again« verdeutlicht das Prinzip. Der Historiker Timothy Snyder spricht vom »Prinzip der Ewigkeit«, das er so erklärt: »Die Verführung durch eine mythisierte Vergangenheit hindert uns daran, über mögliche Zukünfte nachzudenken. Die Gewohnheit, in der Opferrolle zu verweilen, stumpft den Impuls der Selbstkorrektur ab. Da die



Nation durch die ihr innewohnende Tugend und nicht durch ihr zukünftiges Potenzial definiert wird, wird Politik zu einer Diskussion über Gut und Böse und nicht zu einer Diskussion über mögliche Lösungen für reale Probleme.«<sup>4</sup>

Jede Auseinandersetzung in der Politik betrifft immer die Zukunft. Diese kann bewusst und offen oder unbewusst und stillschweigend geführt werden. Die bewusste Frage lautet: Wie soll Zukunft gestaltet werden?

Aber bevor diese Frage beantwortet wird, braucht es einen Blick in die Vergangenheit: Wie konnte sich der Zukunftsdiskurs so sehr verändern?

## **Schlüsseljahr 1989**

Ein zentraler Moment war das Jahr 1989, als der Staatssozialismus im damals kommunistischen Osten zusammenbrach. Der »freie Westen« – so klang der Nachhall des Kalten Krieges – hatte in der »Konkurrenz der Systeme« gesiegt. Im selben Jahr verkündete der amerikanische Politologe Francis Fukuyama das »Ende der Geschichte«. Fukuyama entwarf eine Vorstellung über den politischen Prozess, die genau das Gegenteil ist von einem Bild der Politik als zukunftsgestaltende Kraft. Für Fukuyama war das politische Gefüge der westlichen Demokratie im Jahr 1989 in keiner Krise, sondern hatte seinen historischen Höhepunkt erreicht. Die liberale Demokratie hätte sich, so meinte Fukuyama, weltweit als

die überlegenere Staatsform erwiesen – begleitet von einem globalen Kapitalismus, der als einzige funktionierende Wirtschaftsform übriggeblieben sei.

Ähnlich schrieb bereits Anfang 1989 der eher linke Ökonom und Wirtschaftshistoriker Robert Heilbroner: »Der Kampf zwischen Kapitalismus und Sozialismus ist beendet: Der Kapitalismus hat gesiegt.«<sup>5</sup>

Milton Friedman, einer der Anführer der *Chicago School of Economics*, welche die Herrschaft der freien Märkte forderte, und der damals der berühmteste US-Ökonom war, gab 1990 seiner Fernsehserie vor einem Millionenpublikum den Titel »The Failure of the Socialism«.<sup>6</sup> Gemeint war »der Sozialismus« in der Einzahl, worin auch der amerikanische Sozialstaat miteingeschlossen war.

Friedman und Fukuyama stehen für die neoliberale Vorstellung, dass nur der Kapitalismus letztlich zur Demokratie führe, weil der Freiheitsraum des Kapitalismus erst die Bedingungen schaffe, unter denen Demokratie überhaupt möglich sei. So schrieb Fukuyama: »Am Ende der Geschichte gibt es keine ideologische Konkurrenz mehr zur liberalen Demokratie.« Für ihn waren mit dem Jahr 1989 und dem Sieg über den Sozialismus alle grundlegenden Fragen der Gesellschaft gelöst. Das bestehende Wirtschaftssystem des »Westens« könne, so meinte er, unangefochten weitermachen, ohne sich im Kern ändern zu müssen. Nur so könne der materielle Wohlstand grenzenlos steigen. Darüber hinaus sei eine weitere positive Entwicklung nicht mehr möglich. Nach Fukuyama kann man sich also kein besseres System ausdenken. Also wieso dann überhaupt über die Zukunft diskutieren? Wenn es nicht besser

werden kann, braucht es auch keine Debatten um grundlegende Richtungsentscheidungen mehr.

Fukuyamas Gedanken können als spezielle Variante des Neoliberalismus verstanden werden. Er fängt den Geist dieser Zeit auf besondere Weise ein. Fukuyama beschreibt einen Entwicklungspfad, der erst ab den 1990er-Jahren zur vollen Entfaltung kommen sollte: ein globales und dynamisches Wirtschaftssystem ohne eine globale Regierung, begleitet von einer rhetorischen Abwertung der Politik und dem immer stärkeren Verschwinden der politischen Phantasie.

## **Wie dachten die politischen Eliten zu dieser Zeit?**

Woher kam dieser Glaube, dass mit dem Sieg über den Sozialismus das Ende der Geschichte geschrieben worden sei? Dass es ausreichte, auf die Kraft des Marktes zu vertrauen, um der Demokratie weltweit zum Durchbruch zu verhelfen? Dieses Denken ist Konsequenz eines längerfristigen Prozesses. Er umfasst einen fundamentalen Wechsel in der ökonomischen Theorie, in den Konzepten der Wirtschaftspolitik sowie in den Vorstellungen, was die Aufgabe von Politik ist. Dieser Umschwung begann schon viel früher, und zwar als Abkehr von den damals herrschenden Auffassungen des Keynesianismus – jener wirtschaftspolitischer

Gedanken, die auf den britischen Ökonomen John Maynard Keynes (1883–1946) zurückgehen.

Zu dieser Gegenüberstellung einen Hinweis. Wenn in diesem Buch Keynes und der Keynesianismus (der in mehrere Richtungen zerfällt) verwendet werden, dann im Sinne einer Erörterung einer aktiven Auffassung von Politik in Abkehr und in Widerspruch zum passiven Politikverständnis von Fukuyama. Diese Form von aktiver Politik gilt es wiederzuentdecken und zu fördern, um Lösungen für die großen strukturellen Probleme der Gegenwart finden zu können. Es ist nötig, diese Form von den Inhalten zu unterscheiden. Denn die Wirtschaftspolitik, die im Namen von Keynes nach dem Zweiten Weltkrieg betrieben wurde, hatte auch ihre problematischen Züge. Sie wollte Vollbeschäftigung herstellen und koppelte die Beschäftigung strikt an das Wirtschaftswachstum. Damit war direkt das Problem einer wachsenden Zerstörung der Umwelt verbunden, für die der Keynesianismus damals keine Lösungsvorschläge entwickelte.

Aber zurück zur Geschichte: Bereits in den 1970er-Jahren verließen Eliten in den Wissenschaften, in der Wirtschaft und in der Politik das keynesianische Denksystem und wandten sich einer damals neuen Richtung zu, die meist als Neoliberalismus bezeichnet wird. Ende der 1980er-Jahre waren schließlich neoliberale Überzeugungen in den reichen westlichen Ländern fest etabliert. Diese hatten auch zur Folge, dass die westliche Politik auf den Umbruch im »Osten« mit kühler Distanz, aber ohne gestaltende Kraft reagierte. So wurden zum Beispiel kaum finanziellen Hilfen für einen allmählichen Übergang zu einem neuen Wirtschaftssystem oder gar zu einem »Dritten Weg« jenseits von